

Aus Bund und Ländern

Weltgesundheitsstag: Umwelt + Gesundheit

BONN. „Unser Planet – unsere Gesundheit: an die Zukunft denken, jetzt handeln!“ – unter dieses Motto hatte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den diesjährigen Weltgesundheitsstag am 10. April gestellt. Damit sollte die untrennbare Beziehung von Umwelt und Gesundheit verdeutlicht werden. In der Bundesrepublik organisierte die Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung verschiedene Veranstaltungen zum Thema, darunter ein Symposium mit Beiträgen zur Gewässerverschmutzung, zur Luftreinhaltung und zur weltweiten Vernetzung von Ernährung, Gesundheit und Umwelt.

Methadonabgabe durch niedergelassene Ärzte unerwünscht

DÜSSELDORF. Der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Hermann Heinemann hat den bisherigen Verlauf der Methadon-Erprobung in Nordrhein-Westfalen als „ermutigend“ bezeichnet. Bei der Vorstellung des Jahresberichts 1989 der wissenschaftlichen Begleitung des Methadon-Projekts sagte Heinemann, Methadon könne für viele Drogenabhängige eine Krücke sein, sich von der Heroinsucht zu lösen. Für eine bestimmte Gruppe von Drogenabhängigen sei Methadon möglicherweise sogar die letzte Chance, aus dem Teufelskreis der Drogen herauszukommen. Der Minister beabsichtigt, das Projekt demnächst – nach Abstimmung mit den Ärztekammern – auf drei weitere Städte auszudehnen. Derzeit nehmen Patienten in Düsseldorf, Essen, Bochum, Köln und Bielefeld an dem Methadon-Erprobungsvorhaben teil. Bei den Teilnehmern handelt es sich nach

Angaben Heinemanns in der Regel um sogenannte Altfixer, deren Drogengeschichte zumeist bereits im Alter um 14 Jahre begonnen hat. Zwei Drittel sind älter als 30 Jahre.

Heinemann bezeichnete gerade die psycho-soziale Betreuung als einen wesentlichen Bestandteil des Methadon-Vorhabens. Er warnte davor, unstrukturierte Programme einzuführen. Die Methadon-Vergabe müsse weiterhin an strenge Kriterien geknüpft bleiben. Außerdem müsse die „staatliche Regie“ weiterhin gewährleistet sein; die Abgabe durch niedergelassene Ärzte sei „bedenklich“. EB

Allgemeinmedizin: Forderung in Aachen

AACHEN. Nachhaltige Unterstützung in Forschung, Lehre und Praxis soll das Lehrgebiet Allgemeinmedizin der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen jetzt durch einen Trägerverein erhalten: Die Gesellschaft für Förderung des Lehrgebietes Allgemeinmedizin. Der Verein will zur Studentenausbildung bereiten Lehrpraxen von niedergelassenen Ärzten tatkräftig

helfen. Ferner hat sich die Gesellschaft das Ziel gesetzt, den Praxisbezug der Hochschulforschung zugunsten der hausärztlichen Medizin zu fördern. WZ

Tourismus und Prostitution

BONN. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Anton Pfeifer, hat den Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen sowie den ansteigenden Sex-tourismus auch Bundesdeutscher verurteilt. „Touristen aus westeuropäischen Ländern, den USA und Japan tragen Mitschuld an diesem modernen Sklavinnenhandel, an der Zerstörung vieler Familien und an einem Anstieg der Aids-Infektion in Thailand und anderen Ländern der Dritten Welt“, beklagte der CDU-Politiker. Er forderte eine Überprüfung der bereits vorhandenen rechtlichen Abwehrmöglichkeiten gegen Menschenhändler. Über den gesetzlichen Rahmen hinaus sollten freiwillige Verpflichtungen von Werbewirtschaft und Touristikbranche als

Maßnahmen gegen Prostitutionstourismus stärker genutzt werden.

Nach vorliegenden Schätzungen reisen beispielsweise bis zu 60 Prozent der Touristen ausschließlich oder teilweise wegen des Nachtlebens nach Thailand. In Kenia, auf den Philippinen und in Südkorea werde der Anteil der „Sextouristen“ auf zirka 50 Prozent geschätzt. Zum Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen gehörten auch die Zwangsprostitution in der Bundesrepublik, die illegale Vermittlung von Hausmädchen als schnell bezahlte und ausgebeutete Arbeitskräfte sowie die fragwürdigen Praktiken bei der Heiratsvermittlung von Frauen aus der Dritten Welt nach Deutschland. AFP

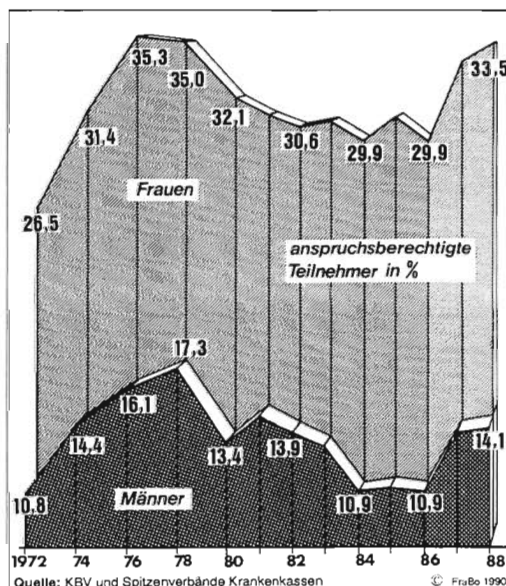
Krankenversicherung in der DDR schafft 20 000 Arbeitsplätze

BONN. Der Aufbau einer beitragsfinanzierten Krankenversicherung in der DDR wird nach Angaben der bundesdeutschen Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) bis zu 20 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Diese Zahl mache deutlich, daß in der DDR nicht von heute auf morgen das bundesdeutsche Krankenversicherungswesen übernommen werden könne, erklärte der AOK-Vorstandsvorsitzende Detlef Balzer. Zunächst müsse in der DDR durch eine staatliche Anschubfinanzierung vor allem in neue Krankenhäuser und Praxen sowie in die Medikamentenversorgung investiert werden. AFP

Erste KV in Sachsen

MAGDEBURG. Mit der Eintragung beim Kreisgericht hat sich die erste Kassenärztliche Vereinigung in Sachsen-Anhalt etabliert. Der Vorsitz wurde mehrheitlich Dr. Penndorf aus Magdeburg angetragen. pr

Untersuchungen zur Krebs-Früherkennung



Die Beteiligung der anspruchsberechtigten Personen an den Krebs-Früherkennungsuntersuchungen hat auch im Jahr 1988 wieder zugenommen. Die sprunghafte Steigerung von 1986 auf 1987 setzte sich nicht fort, dennoch könnten die Teilnahmequoten der siebziger Jahre bald wieder erreicht werden